

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringersohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden answärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Paris, 21. October.

H. Der Tod Lord Palmerstons und die Abdankung der Jesuitenpartei in Rom, an deren Spitze Herr v. Merode stand — diese beiden Ereignisse beschäftigen in diesem Augenblicke die politische Welt und die Presse: Mit Lord Palmerston ist der conservative Liberalismus in England zu Grabe gegangen, und man darf mit Bestimmtheit auf einen Umschwung der englischen Politik, zunächst der innern, zu Gunsten der jüngern Reformpartei rechnen. Daß sich in Folge dessen auch die auswärtige Politik Englands modifiziren wird, unterliegt keinem Zweifel; aber diese Veränderung in den Beziehungen zu Europa und namentlich zu Frankreich kann erst dann eintreten, wenn die innern Reformen vollendet sind, vielleicht erst wenn das allgemeine Stimmrecht in England eingeführt ist und die arbeitenden Massen ein Wort mitzusprechen haben werden. Bis dahin wird England auf die passive Rolle angewiesen bleiben, die ihm seit 1848, weniger durch Lord Palmerston, als durch die Macht der Verhältnisse aufgedrungen worden. Das Jahr 1848 war zugleich der Triumph und das Ende des Einflusses der Palmerston'schen Politik in Europa und Frankreich gegenüber. Die Rolle, welche bis dahin die englische Politik in Europa spielte, wodurch Palmerston den Ruf eines Lord Feuerbrands, d. h. eines revolutionären Brandstifters in Europa erhielt, diese Rolle ging seitdem auf die französische Politik über, und man kann sagen, daß Napoleon der Erbe Palmerstons wurde, in einem ähnlichen Sinne, wie heute Bismarck der Erbe Napoleons werden möchte. — Palmerston hatte sich seit 1840 mit der Regierung Louis Philipps überworfen, und als diese mittelst der spanischen Heirathen ihre Revanche an England nahm, wurde Palmerston lediglich aus Rache gegen Louis Philipp in den auswärtigen Angelegenheiten revolutionär; er schürte in der Schweiz, in Italien, und suchte überall Louis Philipp oder Guizot in die fatale Position zu treiben, sich den revolutionären Bestrebungen zu widersetzen, um die französische Regierung in ihrem Lande zu compromittiren. Mit der Februarrevolution hatte er sein Ziel nicht nur erreicht, sondern überschritten. Er mußte von nun an Alles geschehen lassen, was in Frankreich geschah, sowohl im Innern, wie namentlich auch in Betreff des europäischen Continents. Die Kriege in der Krim und Italien haben bis zur neuesten Zeit, wo Preußen, statt Frankreich, in den europäischen Vordergrund trat, die ganze Schwäche Englands, seine vollständige Abdankung in den Angelegenheiten des Continents an den Tag gebracht. — Aehnlich scheint es seinem Erben in der europäischen Politik, dem kaiserlichen Frankreich zu ergehen; die europäischen Nationalitäten, die es wach gerufen hat, Italien und Deutschland vor allen, überflügeln bald die an Altersschwäche kränkelnde, ehemals so rührige und

brandstifterische kaiserliche Politik. — Das führt mich zunächst auf Italien, welches am Vorabend seines Triumphes, sowohl über Rom, wie über Oesterreich steht. Erlebt Napoleon noch diesen von ihm selbst herbeigeführten Triumph Italiens, so ist seine Rolle ebenso vollständig ausgespielt, wie es die Palmerstons war durch den Sturz Louis Philipps. Wie der englische Minister, so hat auch er alsdann sein Ziel nicht nur erreicht, sondern überschritten. Eigentlich fühlte er das schon seit dem Siege der italienischen Einheitspolitik; aber er konnte nicht mehr zurück und machte gute Miene zu bösem Spiele. Auch die deutschen Bewegungen sind ihm schon über den Kopf gewachsen; auch hier sät er sich nur passiv den Umständen, die er nicht beherrschen kann. Graf Bismarck, das muß man ihm lassen, kennt diese Situation und sucht sie auszubenten. Aber auch hinter ihm steht schon der Erbe seiner lähnen Politik: in Deutschland, wie in Frankreich und England, wird schließlich und unabwehrbar das Soll die Früchte genterken, welche durch keineswegs volksfreundliche oder demokratische Politiker zur Reife gebracht werden. Palmerston war, was Napoleon und Bismarck noch heute sind: die Werkzeuge in der Hand der Demokratie, aber weder ihre Organe, noch ihre Freunde.

Berlin, 23. October.

Die Auflösung der liberalen Bourgeoisiepartei in Deutschland schreitet fortwährend voran. In unglaublich kläglicher Weise tritt es allwärts hervor, daß die Bourgeoisie schlechterdings nicht die Fähigkeit hat, aus den Banden des Bestehenden sich herauszuringen, um mit unbeugsamer Willenskraft die Idee des freien und einzigen Deutschlands zu verfolgen. Preussische, österreichische, bayerische, württembergische Philister, nicht deutsche Männer, sehen wir. Am unverhülltesten aber tritt immer mehr und mehr zu Tag der preussische Particularismus, welcher sich durchaus nicht der deutschen Nation unterordnen will, sondern vielmehr im Gegentheil diese sich selbst unterzuordnen strebt. Morgen soll von den Berliner Mitgliedern des Nationalvereins Folgendes beschlossen werden:
Die Berliner Mitglieder des National-Vereins erklären mit Rücksicht auf die bevorstehende General-Versammlung des Vereins:
1) Der Verlauf der Ereignisse in den letzten Jahren, die thätigste Annäherung des deutschen Bundes in seiner bisherigen Versammlung, die Ersetzung desselben nicht durch nationale Einrichtungen, sondern durch eine einseitige Action der beiden Großmächte müssen den National-Verein bestimmen, um so entschiedener festzuhalten an seiner Forderung eines deutschen Parlamentes mit einheitlicher Executivgewalt, wie solche in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 rechtsgiltigen Ausdruck gefunden hat.
2) Wenn es die Pflicht der preussischen Mitglieder des National-Vereins sowie des gesammten preussischen Volkes ist, durch feste Beharrlichkeit in dem innern Verfassungskampfe, Preußen nach außen endlich geschick

zu machen, seine ihm im nationalen Programm zugewiesene Aufgabe zu erfüllen: so dürfen sie nach der andern Seite erwarten, daß die deutsche Nation und insbesondere der Nationalverein nicht wegen vorübergehender Gewalt historischer Thatfachen und den durch denselben festgestellten Beruf Preußens verlernen werde.

3) In Bezug auf Schleswig-Holstein muß der Nationalverein auch ferner bestrebt sein, die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes dieses Volkstammes, sein Staatswesen nach eigenem Ermessen einzurichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Geltung zu bringen. Dieses Selbstbestimmungsrecht findet aber seine Begrenzung in den Pflichten der Schleswig-Holsteiner gegen Deutschland. Da zur Zeit eine bundesstaatliche Centralgewalt nicht besteht, Preußen aber die Hauptpflicht einer solchen, den Schutz der Herzogthümer zu Land und zur See übernehmen muß: so ist Preußen so berechtigt wie verpflichtet, in den Herzogthümern diejenigen Rechte in Anspruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Centralgewalt übertragen sind.

So schamlos wie in dieser Resolution tritt der Particularismus selten zu Tage. Preußen, dieser von Wilhelm von Hohenzollern in „persönlichem Regiment“ d. h. absolutistisch regierte Staat, ist „berechtigt und verpflichtet, in den Herzogthümern diejenigen Rechte in Anspruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Centralgewalt übertragen sind“. Es ist nicht zu glauben! Aber solcher Wahnwitz ist erfreulich: ein so krasser Particularismus, welcher alle Scham abgelegt hat, wird den Bruch im Nationalverein vollständig machen und damit die Zerfetzung und Auflösung der liberalen Bourgeoisiepartei in Deutschland vollenden. „Vorübergehend“ nennen diese Narren den Absolutismus in Preußen — als ob die Weltgeschichte ein anderes Preußen als ein absolutistisches kannte; als ob in Preußen, so lange es überhaupt besteht, ein wirklich liberales Regiment denkbar wäre! Daß die „liberale Aera“ traurigen Andenkens nichts anderes war, als der Ausfluß einer „vorübergehenden“ königlichen Willensrichtung, ein Gnadengescheu, welches wie gegeben, so genommen wurde — das freilich begreifen diese Leute nicht und werden es nie begreifen. Man lasse heute wieder einen preussischen König eine „liberale“ Stunde haben — und diese „Realpolitiker“ werden wieder glauben, Preußen sei kein absoluter Staat mehr.

Aber wozu nur noch der Streit mit dem Grafen v. Bismarck? Wenn man in der Hauptsache einverstanden ist — daß Deutschland um Preußens willen da sei — wozu dann Streit über Nebendinge?

So elend wie die preussische Fortschrittspartei, getreten von Fürst und Volk, hat wohl noch nie eine Partei geendet. —

Deutschland.

* Berlin, 24. Oct. | In der Drohnoten-Angelegenheit wird bekannt, daß der Frankfurter Senat, dem Gebot der Ehre folgend und in

Erkenntnis seiner Pflicht gegen sich selbst wie gegen das deutsche Volk, beschloffen hat, die Versuche der preussischen und österreichischen Regierung, sich in die Angelegenheiten eines selbstständigen deutschen Staates einzumischen, energisch zurückzuweisen. Es bedarf keines Beweises, daß die jetzigen Staaten nur der Nation gegenüber keine Existenzberechtigung haben, daß hingegen vor dem bestehenden Recht Frankfurt so gut wie Preußen unbehinderte Selbstständigkeit zu beanspruchen hat. Die große deutsche Nation freilich braucht nach dem historisch erwachsenen Hohenzollernstaat noch nach der kleinen Philisterrepublik zu fragen — vor dem bestehenden Recht aber ist die eine so unantastbar wie der andere.

Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß es in erster Linie die preussische Regierung ist, welche die Sache angeregt und betrieben hat. Bei der Ruhe, mit welcher man die grobe französische Note hingegenommen, muß das lächerliche Vorgehen gegen das kleine Frankfurt um so mehr auffallen. Betreffs der österreichischen Regierung wird in der Wiener „Presse“ behauptet, dieselbe sehe im Sechs- und dreißiger-Ausschuß eine Art deutschen Parlamentes, wodurch die Bundesverfassung gefährdet werde. — Im Ganzen haben wir keinen Grund, mit dieser Drohotengeschichte unzufrieden zu sein; sie verstärkt, wenn dies noch nöthig sein sollte, aufs Neue durch ganz Deutschland und in allen Kreisen die Ueberzeugung, daß ein Rechtszustand in Deutschland nicht besteht.

* **Wien, 21. Oct.** [Finanzielles. Fürst Kusa.] Wie aus Pest, 20. d. M., berichtet wird, sagt ein Erlaß der ungarischen Hofkanzlei an sämtliche Gemeinden Ungarns, daß laut Ausweis des Finanzministeriums die Steuerrückstände in Ungarn Ende Juni sich auf achtzehn Millionen belaufen haben. Bei der nöthigen Eintreibung derselben möge die möglichste Schonung beobachtet und Militär-Execution nur äußerstenfalls angewendet werden. — Der General-Correspondenz wird aus Bucharest geschrieben:

Die in der Stadt courtstehenden Gerichte, wonach Fürst Kusa in aller nächster Zeit abdanken und der Herzog von Leuchtenberg den Thron der Walachei und Moldau als selbstständiger Fürst bestiegen würde, kann ich als vollständig unbegründet bezeichnen. Fürst Kusa denkt eben so wenig daran, abzudanken, als die Einsetzung eines russischen Fürsten eine Sache ist, welche sich ohne ganz bedeutende europäische Complicationen durchführen ließe. Gewiß aber ist es, daß die Stellung Kusa's allerdings sehr erschüttert ist, da der Kaiser Napoleon ihm seinen Schutz entzogen zu haben scheint und Crown de Rhyns erst vor kurzem wieder eine neue Note an die „hohe Pforte“ richtete, welche die Regierung Kusa's gewissermaßen in den Auftragszustand versetzt.

Wie die Frankfurter „Europa“ meldet, hat der Fürst Kusa die Note Fuad Paschas mit einer rechtfertigenden Denkschrift beantwortet, welche auf die Großmächte, denen dieselbe mitgetheilt worden, keinen gerade unglücklichen Eindruck gemacht hat. Trotzdem hält die „Europa“ die Stellung Kusa's für gefährdet.

Hannover, 21. Oct. [Das neue Reaktionsministerium.] Die neu ernannten Minister Baumeister, Leonhardt, v. Hohenberg und Dietrichs haben heute in Gegenwart der drei bleibenden Minister Graf v. Platen, v. Brandis und v. Malortie den vorgeschriebenen Eid abgelegt.

Karlsruhe, 21. Oct. [Der neue Ministerpräsident.] Die „Karlsruher Zeitung“ bringt in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Freiherrn v. Edelsheim zum Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Ausland.

* **Paris, 21. Oct.** [Tagesbericht.] Die Union Medicale meldet: „Um sich selbst von der Pflege der unglücklichen Choleraerkranken in den Spitälern zu überzeugen, traf der Kaiser am 20. October um 4 Uhr incognito im Hotel Dieu ein; sein Besuch dauerte eine volle Stunde. Begeisterte Lebchrufe tönten dem Kaiser nach, als er das Spital verließ.“ — Die Bestrebungen der französischen Regierung in Betreff des interna-

tionalen Congresses sind mit dem besten Erfolge gekrönt; die meisten Regierungen haben officiell ihren Zutritt angezeigt, und die Pforte hat insbesondere den internationalen Charakter der Sache anerkannt und sich bereit erklärt, alles aufzubieten, was in ihren Kräften stehe, um die vorgeschlagenen Maßregeln zu fördern. — Nach der Patrie sind die Anordnungen Betreffs des Abzuges der ersten französischen Truppen aus Rom bereits festgesetzt. Die Stadt und die Delegation von Viterbo werden nächste Woche der päpstlichen Armee übergeben werden. Die ersten Truppen verlassen Rom am 4. Nov. Ihre Einschiffung wird sofort beginnen. — Der Moniteur bringt einen Bericht aus Wien, in welchem er die österreichischen Zustände im rothigen Lichtschimmer erscheinen und sogar die österreichischen Finanzaufbesserungs-Versuche den französischen Geldmännern möglichst vertrauenswürdig hinstellt. Der neueste Bericht des Finanz-Ministers beweist nach dem Moniteur, „lobenswerthe Bestrebungen der Regierung, sich in den Schranken der für 1865 vom Reichsrathe bewilligten Sätze zu halten.“ — Hier hat sich gestern in dem Frauenkloster der blinden Schwestern (in der Rue d'Enfer gelegen) ein geheimnißvolles Ereigniß zugezogen. Gegen 1 1/2 Uhr Nachts fand in dem zu demselben gehörigen Garten plötzlich eine Explosion statt. Es war, als wenn eine Feuerwaffe abgefeuert wurde. Daraus ertönte die Feuerglocke, die sonst des Nachts nur bei außerordentlichen Gelegenheiten geläutet wird. Zu gleicher Zeit bemerkte man an den Fenstern Lichterglanz, aber kein Ruf wurde gehört, und bald hüllte sich das Kloster in seine gewöhnliche Stille. Ein Polizeidiener, der Zuschauer des Vorganges gewesen, machte die Anzeige, und eine Untersuchung wurde eingeleitet. Es heißt, ein junger Mann, der sich in eine der Nonnen verliebt, habe sich im Garten erschossen. — Der Pariser Correspondent der Ind. belge meldet, Napoleon werde den drohenden Conflict mit Amerika wegen Mexiko durch die Anordnung von Maßregeln nach der Analogie der italienischen September-Convention vermeiden und die successive Zurückziehung der französischen Truppen aus Mexico anordnen. — Gestern erhielt Graf Sartiges den Auftrag, in Folge des Rücktritts Merode's neuerdings Schritte zur Anbahnung einer „Vergleichung zwischen Rom und Florenz“ zu machen.

* **London, 21. Oct.** [Zum Tode Lord Palmerston's.] „Schreibt die Alln. Ztg.“:

Aus allen Theilen des Landes treffen Berichte ein über die Theilnahme und die Trauerbezeugungen, welche die Nachricht von dem Tode des allgemein beliebten Premier-Ministers hervorgerufen hat. Wie gewöhnlich, war der Gemeinderath der City die erste Körperschaft, welche ihren Gefühlen bei dem Verluste, welchen die Nation erlitten, formellen Ausdruck in einer Resolution gab und zugleich der Wittve des Verstorbenen ihr Beileid anzuspochen beschloß. Dem gegebenen Beispiele folgten mehrere hauptstädtische Bezirke, und in manchen größeren Städten, Liverpool, Manchester u. s. w., sind die Gemeinderäthe einberufen worden, um ähnliche Beschlüsse zu fassen. Es lauten jetzt von allen Seiten charakteristische Notizen aus dem Leben Lord Palmerston's an. Als am Tage vor seinem Tode Pianisten eintraten, sagte Lord Palmerston mit deutlicher Stimme — und dies waren wohl die letzten vernünftigen Worte, welche man von ihm gehört hat: — „Der Vertrag mit Belgien! Ja, lest mir den sechsten Artikel noch einmal vor!“ Der Premier war zur Zeit seines Ablebens das älteste Mitglied des Hauses der Gemeinen, der „Vater des Hauses“ genannt. Als Minister des Auswärtigen entwickelte Lord Palmerston eine ungemeine Thätigkeit; neben den Aufstrebungen der Debatte und den immer wiederkehrenden Nachwachen im Hause der Gemeinen hatte er ungeheure Amtsgeschäfte auf seinen Schultern zu tragen. Seine körperliche Gesundheit ließ in der Regel wenig zu wünschen übrig, und eine der Ursachen war, daß er sich immer, mochte er den Staatsgeschäften früh oder spät entschläfen, 7 1/2 Stunde ungestörten Schlafes gestattete. Wenn er auch erst Morgens um 4 Uhr nach Hause kommen konnte, so befahl er seinem Diener, ihn nicht vor Mittag zu wecken.

Russell, Clarendon, Gladstone oder Granville, Russell, Gladstone, oder Gladstone, Russell Granville, das sind die wenigen Karten, die noch immer gemischt werden, um zu sehen, welche am besten obenaus passe. Daß es der verfügbaren Persönlichkeiten so wenige gibt, denen das Land Lord Palmerston's Stelle anvertrauen möchte, und daß unter den genannten kein einziger ist, den das Land instinctiv und einstimmig als den Passendsten

nennt, wie es früher einen genannt hatte, ist der berechtigte Nachruhm für den verstorbenen Premier, legt glänzenderes Zeugnis für seine nun abgeschlossene Thätigkeit und die ihm zu Theil gewordene Anerkennung ab, als all die langen Retrospektive und Leitartikel, die seinem Andenken gewidmet werden. Er ist eben nicht leicht zu ersetzen, wie dies oft vorausgesetzt worden ist und jetzt aufs lebhafteste gefühlt wird. Bei aller Achtung vor Lord Russell, Lord Granville, Lord Clarendon und Herrn Gladstone fällt doch Jeder, daß dem Einen diese, dem Anderen jene der seltenen Gaben fehlt, die sich in Lord Palmerston beisammen gefunden hatten, und kein Wunder daher, daß die Wahl der Königin schwer fallen muß. Eines schwankt unentschieden zwischen den wenigen Genannten, Daily News wünscht aus Anhänglichkeit früherer Zeiten Lord Russell an der Spitze zu sehen. Der Star hat die besten Hoffnungen für Gladstone, im Grunde aber ist Jeder recht läßl und erwartet das Resultat mit großer Seelenruhe, da das Zukunfts-Cabinet, mag es wie immer zusammengesetzt sein, nur als ein Pflückenbüßler angesehen wird.

— [Aus Amerika.] Der Dampfer „Cuba“ hat Nachrichten aus Newyork vom 12. d. in Cork abgegeben. Nach denselben hat die Convention von Nord-Carolina die Abschaffung der Sklaverei angenommen. Der Präsident Johnson hat einer Deputation aus Kentucky versprochen, daß die Militärgerichte aufgehoben und die Negertuppen verlegt werden sollten. Die Wahlen in Pennsylvania, Ohio, Indiana und Iowa sind zu Gunsten der Republikaner ausgefallen.

* **Italien.** [Zu Merode's Entlassung. Verschiedenes.] Die Italia meldet über Merode's Entlassung, daß derselben eine heftige Scene zwischen ihm und Antonelli vorhergegangen, und zwar aus zwei Ursachen. Erstens nämlich habe es sich bei dem Wortwechsel um ein geheimes Mundschreiben an die Chiefs der an die Gränze detachirten päpstlichen Corps gehandelt, worin er denselben Ordre ertheilte, „die königlichen Banden, die an den Gränzen ständen, nicht als Feinde zu behandeln“; sodann aber sei es „wegen eines bedeutenden, in der Casse des Waffen-Ministeriums zum Vorscheine gekommenen Deficits, dessen Verwendung nicht nachgewiesen werden konnte“, zu starken Erklärungen gekommen. Die Italia setzt hinzu: „Der Entlassung des Herrn v. Merode dürfte die eines Officiers, der sein Vertrauter ist, des Herrn v. M., folgen, der in die Veranlassungen zu seiner Ungnade verwickelt ist.“ — Der pariser Temps erhält in dieser Sache zwei Briefe aus Rom, die nicht ohne Interesse sind. Der erste lautet: „Graf Merode hat seine Demission erhalten. Er hat Befehl erhalten, sich sofort nach Belgien zu begeben. Die Ursachen, welche den heiligen Vater zu diesem Entschlusse bestimmt haben, sind sehr ernst, sie betreffen Geldangelegenheiten.“ In dem zweiten Schreiben heißt es: „Hrn. v. Sartiges ist es vor Allem zuzuschreiben, daß Hr. v. Merode entlassen wurde, obgleich derselbe erst vor wenigen Tagen hier angekommen ist. Seit langer Zeit war man mit Hrn. v. Merode unzufrieden. Die Mine war vorbereitet und sie sprang in die Luft, als Hr. v. Sartiges ankam. Die Familie Merode befindet sich in einer schwierigen Lage. Hr. v. Merode hat eine Million Wechsel auf sich laufen. Die Frage Betreffs seines Bruders ist hinzugekommen, kurz, in allen diesen Angelegenheiten der päpstlich-belgischen Anleihe herrscht eine fürchterliche Unordnung. Außerdem verlangt das römische Pfandhaus eine halbe Million römischer Thaler von Herrn v. Merode. Herr Ferrari wollte von Hrn. v. Merode Rechnung über 200,000 Thaler verlangen, welche derselbe in Belgien placirt hatte. Man konnte keine Rechnung vorlegen.“ — Aus Florenz schreibt man: Kaum daß eine Gesetzworlage über Einführung der Wahlsteuer für sicher gehalten wird, tauchen, in ähnlicher Weise wie vorher über diese Steuer, Gerüchte von einer Thär- und Fenstersteuer auf; denn diese Objecte sollen dem Finanzminister, abgesehen von der Gebäudesteuer, noch einer besondern Vorjorge würdig scheinen. — In Mailand will man wissen, daß auf Befehl der Statthalterchaft von Venetien alle Militärräuber, welche den Befugnissen im Venetianischen angehören, einberufen worden seien. — Obgleich die Wahlen alle Klassen der Gesellschaft beschäftigen, die Wahlversammlungen allabendlich